

Nyboe Andersen, Poul; Willoch, Kåre; Lange, Gunnar

Article — Digitized Version
Nordische Integration

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Nyboe Andersen, Poul; Willoch, Kåre; Lange, Gunnar (1969) : Nordische Integration, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 10, pp. 547-558

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/134023>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nordische Integration

Die skandinavischen Politiker stehen am Scheidewege. Kommt eine Nordische Wirtschaftsgemeinschaft zustande oder nicht? Welche Interessengegensätze bestehen zwischen den einzelnen Ländern und wie sind die Chancen, zu einer Einigung zu gelangen?

Ohne Agrarlösung keine Zollunion

Prof. P. Nyboe Andersen,
dänischer Minister für Wirtschaft und europäische Handelsbeziehungen, Kopenhagen

Die traditionellen Exportströme der skandinavischen Länder haben sich im Einklang mit den komparativen Vorteilen entwickelt, die gegenüber den westeuropäischen Industriezentren bestanden. Schritt für Schritt haben diese Exporte auch zu einer Expansion in anderen Bereichen geführt. Das Ergebnis ist eine moderne Volkswirtschaft mit der dazugehörigen industriellen Diversifizierung.

Die Bedeutung des Außenhandels für Skandinavien führte zu einer weltoffenen Einstellung Dänemarks und der anderen nordischen Länder gegenüber einer wirtschaftlichen Kooperation im europäischen Ausmaß. Beispiele dafür sind die Mitgliedschaften in der OECD und dem

Europäischen Wirtschaftsrat – Organisationen, die ganz Westeuropa umfassen.

Kooperation auf vielen Gebieten

Parallel zur europäischen Kooperation arbeiten die nordischen Staaten untereinander auf vielen Gebieten eng zusammen. Ihre geographische Lage, das gemeinsame kulturelle und historische Erbe, die gleichen Sozialstrukturen und die bis zu einem gewissen Grade gemeinsame Sprache bilden einen idealen Hintergrund für diese Zusammenarbeit.

In den vergangenen 25 Jahren sind mehrere nordische Organisationen geschaffen worden, um diese Zusammenarbeit zu pfe-

gen. Die wichtigste ist der Nordische Rat, der seit 1952 den Rahmen für die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und juristische Kooperation bildet. Ein Vertrag, durch den die Kooperation der nordischen Staaten rechtlich fixiert wird, besteht mit dem sog. Helsinki-Abkommen allerdings erst seit 1962. Wichtige Beispiele für die nordische Zusammenarbeit sind die Abschaffung des Paßzwangs im Reiseverkehr zwischen diesen Staaten und ein freier, gemeinsamer Arbeitsmarkt, der den Bürgern der nordischen Länder gleiche Sozialleistungen in jedem Staat zusichert.

Bezeichnend für die bestehende nordische Kooperation sind die stetig enger werdenden Wirtschaftsbeziehungen zwi-

schen diesen Ländern. Insbesondere förderte der Abbau der Handelsschranken innerhalb der EFTA die Expansion des Handels innerhalb des nordischen Raums. Der intra-nordische Handel wuchs doppelt so schnell an wie der gesamte Handel innerhalb der EFTA.

Expansion des intra-nordischen Handels

Zwischen 1959 und 1968 stiegen die Gesamtexporte der nordischen Länder um mehr als 80 %. Das entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 7 bis 8 %. Der Handel innerhalb des nordischen Raumes hat jedoch viel schneller zugenommen — um beinahe 22 % jährlich. Er erreichte damit fast die gleiche Wachstumsrate wie der Handel innerhalb der EWG. Aber die Ausfuhr eines jeden nordischen Landes beträgt nur rund 2 % der gesamten industriellen Güterversorgung der anderen Staaten dieses Raumes. Diese Zahlen beweisen, daß noch ein weiterer Spielraum für eine Expansion des intra-nordischen Handels mit Industrieprodukten besteht.

Die Expansion der dänischen Ausfuhr beruht dabei auf Industriegütern wie Maschinen, Bekleidung, Chemikalien und sonstigen Fertigwaren. Der Anteil der traditionellen dänischen Agrarexporte am gesamten Exportwert nahm dagegen sehr stark ab, obwohl an der vergleichsweise günstigen Ausgangsstellung der dänischen Agrarprodukte kein Zweifel herrschen kann. Diese Veränderungen in den Handelsströmen wurden durch Beschränkungen im internationalen Handel mit Agrarprodukten verursacht, durch die gemeinsame Agrarpolitik der EWG-Staaten und die ungenügenden Absatzmöglichkeiten innerhalb der EFTA. Die Probleme der dänischen Wirtschaft müssen somit auch im Zusammenhang mit der Notwendigkeit gesehen

werden, Arbeitsplätze für diejenigen zu schaffen, die wegen der beträchtlichen Produktivitätssteigerungen aus der Landwirtschaft ausscheiden müssen.

Für ein kleines Land mit einem unbedeutenden Binnenmarkt ist Handel das einzige Mittel, um „economies of scale“ auszunutzen zu können. Wir sind uns darüber im klaren, daß der Handel, der für unsere Wirtschaft so wichtig ist, nicht nur von der Abschaffung der Handelsschranken abhängig ist, sondern auch von der Harmonisierung technischer Vorschriften, der Gesetzgebung und anderen institutionellen Fragen. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum Dänemark an einer engen wirtschaftlichen Integration teilzunehmen wünscht — wenn möglich — auf einer breiten europäischen Basis.

Neuer Anlauf auf eine nordische Integration

Als in den 50er Jahren das Europa der „Sechs“ seine wirtschaftliche Integration in Angriff nahm, wurden Versuche unternommen, eine Nordische Zollunion zu gründen. Diese Initiative wurde aber durch Ereignisse im europäischen Rahmen überholt. Es wurde die Europäische Freihandelszone, die EFTA, gegründet, der Dänemark, Norwegen und Schweden beitraten, während Finnland assoziiertes Mitglied wurde. Dadurch wurde Westeuropa in zwei Märkte aufgespalten, und alle Versuche, diese Teilung des europäischen Gesamtmarktes zu beenden, sind bisher leider erfolglos geblieben.

Anfang 1968, als ein Durchbruch zur europäischen Integration weder auf der Grundlage der EFTA noch auf EWG-Basis erwartet werden konnte, entschlossen sich die Regierungen der nordischen Staaten zu einem neuen Versuch, in ihrem Teil Europas die wirtschaftliche Integration voranzutreiben. Diese Entscheidung wurde auf einer

Konferenz der Ministerpräsidenten dieser Länder getroffen, die im April 1968 in Kopenhagen stattfand. Leitsatz dieser Wirtschaftsintegration ist die Vorbereitung der vier Länder auf eine großräumige europäische Lösung. Eine weitere wichtige Überlegung ist die, daß die Außen- und Sicherheitspolitik dieser Länder nicht berührt werden sollte. Alle nordischen Staaten beharren auf der Beibehaltung des status quo im Hinblick auf ihre jeweilige Außen- und Verteidigungspolitik. Andererseits besteht aber auch kein Zweifel darüber, daß die Abhängigkeit der nordischen Länder voneinander immer mehr zunehmen wird, ganz unabhängig davon, ob eine Organisation für eine weitergehende nordische Zusammenarbeit geschaffen wird oder nicht.

Das Ziel dieser nordischen Zusammenarbeit ist nicht nur eine erweiterte Kooperation auf traditionellen Gebieten wie Zollunion, Außenhandelspolitik, Agrar- und Fischereipolitik, Kapitalverkehr usw., sondern auch in Bereichen wie z. B. Industriepolitik, Erziehungswesen, technologische und wissenschaftliche Forschung.

Vorgeschlagener Vertragsentwurf

Mitte Juli 1969 hat ein Expertenausschuß, bestehend aus höheren Beamten der nordischen Staaten, den Regierungen einen Vertragsentwurf für eine Nordische Wirtschaftsunion vorgelegt. In diesem Entwurf wird die Bildung von folgenden gemeinsamen Institutionen vorgeschlagen:

- ein für die nordische Kooperation verantwortlicher Ministerrat,
- ein aus höheren Beamten bestehender ständiger Ausschuß, der die Entschlüsse des Ministerrats vorbereiten soll,
- ein von vier Direktoren geleitetes Sekretariat, das die Ver-

wirklichung der im Vertrag vorgesehenen Ziele in Angriff nehmen soll. Die vier Direktoren werden von den Regierungen der nordischen Länder ernannt.

Über den Inhalt des Vertrages besteht weitgehende Übereinstimmung. Behandelt werden die Bereiche allgemeine Wirtschaftspolitik, Kapitalverkehr, Handelspolitik, Schifffahrtspolitik, Industrie- und Energiepolitik, Arbeitsmarktfragen und Sozialpolitik, Gewerbeordnung und Wettbewerbsregeln, Erziehungswesen, Forschungs- und Entwicklungshilfe. Auf vielen Gebieten reichen die Vorschläge nicht bis in Einzelheiten, aber zumindest werden allgemeine Grundsätze für die Zusammenarbeit definiert. Um diese Prinzipien zu ver-

wirklichen, enthält der Vertragsentwurf auch Verfahrensfragen, setzt Termine für die Ausarbeitung von Richtlinien und regelt die Kompetenzen der nordischen Organisationen, die Entscheidungen über die Durchführung der Kooperation zu treffen haben. Der Ministerrat hat vor allem darüber zu entscheiden, welche Gestalt die Zusammenarbeit annehmen muß, damit die zukünftigen Anforderungen auf flexible Weise bewältigt werden können.

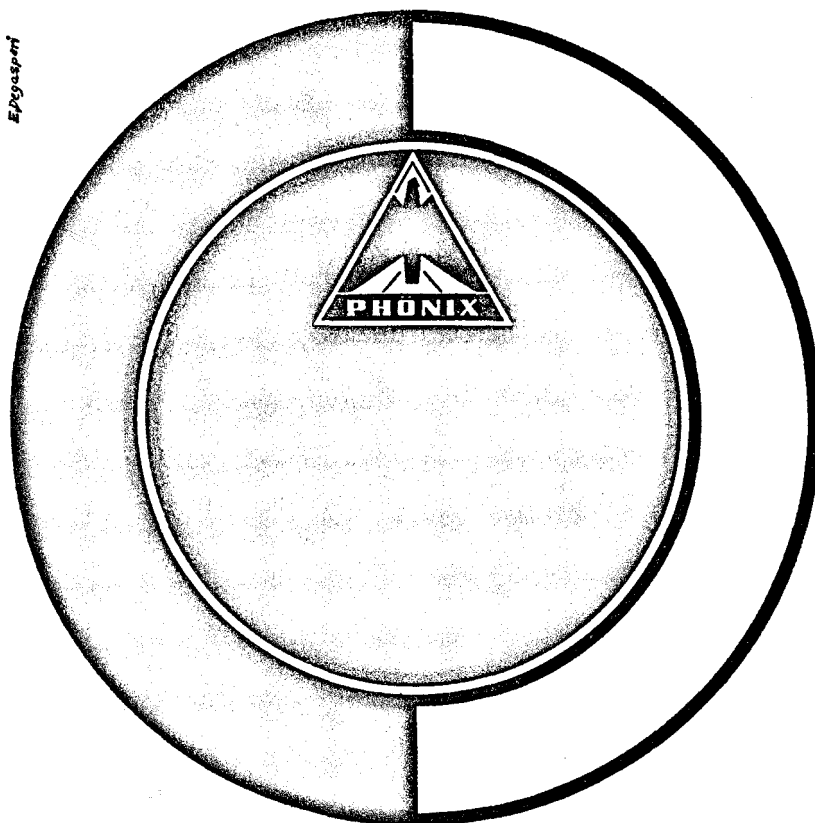
Schaffung einer Zollunion

Vorgeschlagen wird auch die Schaffung einer Zollunion als Grundlage für eine intensivierte Zusammenarbeit der nordischen Staaten. Für Dänemark ist es wichtig, daß eine solche Zusam-

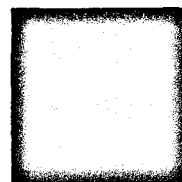
menarbeit auf dem Gebiet der Zollpolitik nicht die Wettbewerbsfähigkeit der dänischen Industrie beeinträchtigt. Ein Abkommen über gemeinsame nordische Zollsätze für fast alle Industriewaren muß deshalb zulassen, daß Dänemark (und Norwegen) berechtigt sind, gewisse Zollsätze zu suspendieren und Tarifaufnahmen beizubehalten.

Diese Zollunion soll laut Vorschlag am 1. 1. 1972 in Kraft treten. Aber aus Gründen, auf die später eingegangen wird, hängt Dänemarks Zustimmung zur Zollunion als Ganzem und zu dem vorgeschlagenen Zeitpunkt für ihre Verwirklichung auch von einer nordischen Kooperation auf dem Agrarsektor ab.

Ergänzung



PHÖNIX-EDELSTAHL
 Bleche
 Stabstahl
 Tiefbohrtechnische Geräte
 Werkzeuge
 Nahtlose Edelstahlrohre



SCHOELLER-BLECKMANN
 Erzeuger hochwertigsten Edelstahls in Österreich

Die Wettbewerbsfähigkeit der nordischen Industrien soll durch eine weitere Zusammenarbeit und Harmonisierung der Industrie- und Energiepolitik, einschließlich der Atomenergie, gefördert werden. Um für Güter und Dienstleistungen gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, fordert der Vertragsentwurf eine Harmonisierung der Gesetzgebung im Hinblick auf staatliche Subventionen, öffentliches Beschaffungswesen, restriktiv wirkende Geschäftspraktiken und technische Vorschriften sowie eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Außerdem strebt der Vertragsentwurf eine gleichberechtigte Niederlassungsfreiheit aller skandinavischen Bürger in allen Mitgliedsstaaten an. Damit würde der im nordischen Raum bereits bestehende gemeinsame Arbeitsmarkt ergänzt werden.

Agrarabkommen noch problematisch

Die engere Zusammenarbeit der nordischen Staaten auf dem Agrarsektor wird von dem Grundsatz bestimmt, daß der Bedarf an Nahrungsmitteln, der von der einheimischen Landwirtschaft nicht befriedigt werden kann, durch Importe aus den anderen nordischen Staaten gedeckt werden soll. Damit eine Bedarfsdeckung hauptsächlich durch nordische Produzenten erfolgt, sollen wirkungsvolle Präferenzen eingeführt werden. Verschiedene Regelungen sind zwar vorgeschlagen worden, aber bisher konnte man sich nicht über die konkreten Maßnahmen einigen, die in den einzelnen Ländern für die verschiedenen Warengruppen, zu denen auch industriell verarbeitete Nahrungsmittel gehören, angewendet werden sollen. Da die vorgeschlagenen einzelnen Regelungen unterschiedliche Auswirkungen auf die Expansion des intra-nordischen Handels haben werden, hält es Dänemark bei dem gegenwärtigen Stand der

Diskussion für ausgeschlossen, die Effekte der kurzfristigen Kooperation auf den Agrarsektor abschätzen zu können. Erst wenn dieses Problem geklärt ist, können wir eine Entscheidung über die Zollunion als Ganzes und über den Zeitpunkt ihrer Verwirklichung treffen.

Übereinstimmung besteht dagegen darüber, daß ein langfristiger Plan für eine landwirtschaftliche Zusammenarbeit in wenigen Jahren ausgearbeitet werden muß, wenn die Agrarpolitik der nordischen Länder harmonisiert werden soll. Diese Zusammenarbeit erfordert nicht nur die Einrichtung eines Agrarfonds, sondern auch die Einführung eines einheitlichen Systems für Importe aus Drittländern und einheitliche Regeln für den Handel zwischen den nordischen Staaten.

Andere vorgeschlagene Abkommen

Im Fischereisektor besteht u. a. Übereinstimmung über die Grundsätze einer Preisstabilisierung auf der ersten Umsatzstufe. In anderen Einzelfragen bestehen jedoch noch Meinungsverschiedenheiten, z. B. hinsichtlich der Art des Übergangsabkommens und der Rechte der nordischen Fischer innerhalb der Fischereigebiete der einzelnen Länder. Es handelt sich dabei um Umschlags- und Durchfahrtsrechte.

Die nordischen Staaten haben sich auch auf eine finanzielle Kooperation bei der Durchführung ihrer anderen gemeinsamen Projekte geeinigt. Diese Zusammenarbeit strebt u. a. Strukturverbesserungen in den verschiedenen Wirtschaftssektoren der nordischen Länder an. Diesem Zweck dienen ein Allgemeiner Fonds, ein Agrarfonds, ein Fischereifonds und eine Nordische Investitionsbank.

Während der ersten Fünfjahresperiode soll das durch die

drei Fonds zur Verfügung gestellte Kapital 425 Mill. \$ betragen. Die Investitionsbank soll mit einem Grundkapital von etwa 200 Mill. \$ ausgestattet werden und 500 Mill. \$ für Kreditgewährungen erhalten. Unter Berücksichtigung der gewaltigen Aufgabe, eine Restrukturierung der Wirtschaft der nordischen Staaten in den kommenden Jahren durchzuführen, ist aber die dänische Regierung der Ansicht, daß die nordischen Pläne langfristig nur dann vollständig durchgeführt werden können, wenn sie finanziell durch wesentlich größere Beträge abgedeckt sind.

Vorschläge der dänischen Delegation

Um die oben erwähnten Probleme, die hinsichtlich der Zollunion, Landwirtschaft, Fischerei und finanzieller Kooperation bestehen, lösen zu können, hat die dänische Delegation den Vorschlag gemacht, die vorgesehene Kooperation in drei Abschnitten voranzutreiben:

- Gründung von Institutionen, die der Zusammenarbeit dienen sollen, wenn der Vertrag in Kraft tritt.
- Formen der Kooperation, die kurzfristig eingeführt werden können, sollen gleichzeitig mit der Zollunion verwirklicht werden.
- Danach soll die Kooperation auf der Grundlage der Entscheidungen, die in der zweiten Phase getroffen wurden, weiter vertieft werden.

Dieser Vorschlag versetzt die teilnehmenden Länder in die Lage, ihre Interessen durch ausgleichene Lösungen zu wahren. Weiterhin greifen dabei die Beschlüsse zu wichtigen Fragen auf den verschiedenen Stufen ineinander.

Wie bereits erwähnt, strebt die erweiterte wirtschaftliche Kooperation der nordischen Staaten eine geeignetere Grund-

lage für ihre Teilnahme an einem weiten europäischen Markt und an einer umfassenden europäischen Integration an. Der Entwurf des Nordischen Vertrages wurde deshalb so konzipiert, daß er möglichst wenige Änderungen und Anpassungen erforderlich macht, falls die nordischen Staaten an einer solchen europäischen Integration teilnehmen. Infolgedessen erwartet man, daß eine umfassende nordische Zusammenarbeit innerhalb des Rahmens eines europäischen Gemeinsamen Marktes beibehalten werden kann. Der Vertragsentwurf legt zudem auch genaue Verfahren fest, wie die

nordischen Staaten sich verhalten sollen, falls nur eines, mehrere oder alle Länder Mitglieder des Gemeinsamen Marktes werden sollten oder sonstige Formen der Zusammenarbeit mit der EWG eingehen.

Beitritt zur EWG beantragt

Damit wird eine erweiterte Kooperation der nordischen Staaten die Bemühungen Dänemarks, Mitglied der EWG zu werden, nicht behindern. Dänemark hält seinen Antrag zur gleichzeitigen Aufnahme mit Großbritannien bedingungslos aufrecht und erwartet, daß die entspre-

chenden Verhandlungen zwischen dem Gemeinsamen Markt und allen Antragstellern gleichzeitig aufgenommen werden.

In den meisten westeuropäischen Ländern ist das Verständnis dafür gewachsen, daß es notwendig ist, den Gemeinsamen Markt zu vergrößern. Wir glauben daran, daß die kommenden Jahre eine umfassende europäische Lösung bringen werden, und ich bin davon überzeugt, daß die nordische Kooperation, die unabhängig davon entwickelt wird, sich nutzbringend in den größeren europäischen Rahmen einfügen wird.

Fortschritt durch Konzessionen

Interview mit Kåre Willoch, norwegischer Minister für Handel und Schifffahrt, Oslo

WD: Herr Minister Willoch, Norwegen hat die Bildung einer Nordischen Wirtschaftsunion schon immer mit Skepsis betrachtet...

WILLOCH: ...Das ist nicht ganz korrekt. Zunächst möchte ich Sie gern daran erinnern, daß für Industriegüter bereits ein freier Handel zwischen den nordischen Ländern, die der EFTA angehören, besteht. Außerdem hat sich die nordische Wirtschaftskooperation auch auf vielen anderen Gebieten sehr schnell entwickelt. Die nordischen Länder haben ihre Zusammenarbeit größtenteils in einer praktischen, business-ähnlichen Art entwickelt; darum ist sie in mancher Hinsicht umfassender als die Zusammenarbeit zwischen Ländern, die einer ähnlichen regionalen Wirtschaftsgruppe angehören.

Der Anteil der übrigen nordischen Länder am norwegischen

Außenhandel stieg von ca. 16 % im Jahre 1959 auf 26 % im Jahre 1968 an. Diese rasche Handelsentwicklung ist sicherlich ein Beweis für die Stärke der nordischen Kooperation. In Norwegen besteht daher nicht nur ein reges Interesse, sondern sogar der feste Wille, den nordischen Handel und die nordische Zusammenarbeit zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Eine andere Frage ist die nach der zukünftigen Form der nordischen Zusammenarbeit. Es wäre zu grob vereinfacht zu sagen, Norwegen habe die Bildung einer Nordischen Wirtschaftsunion immer mit Skepsis betrachtet. Richtig ist vielmehr, daß bestimmte norwegische Industriezweige Bedenken gegenüber der Nordischen Zollunion angemeldet haben, weil sie befürchten, daß ein gemeinsamer Außenzolltarif ungünstige wirtschaftliche Auswirkungen auf

die norwegische Produktion haben könnte, da ein solcher Tarif in bestimmten Fällen zu einer Erhöhung der Einfuhrzölle für Rohstoffe führen würde. Doch sind alle norwegischen Industrien grundsätzlich für eine Ausweitung der nordischen Wirtschaftskooperation.

WD: Bedenken hat aber vor allem die Landwirtschaft. Mit welchen Problemen wäre Norwegens Landwirtschaft konfrontiert, falls ein solcher Nordischer Markt gegründet würde?

WILLOCH: Daß fast alle Industriestaaten im Agrarbereich besondere Probleme haben, ist bekannt. Sie versuchen, diese Probleme durch verschiedene Formen der Förderung und des Protektionismus zu lösen, um so die Lebensbedingungen ihrer in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung zu sichern. Die nordischen Länder meinen, daß die

erweiterte Kooperation, die sie anstreben, gerade diese besonderen Probleme berücksichtigen sollte, die sich vor allem aufgrund ihrer unterschiedlichen geographischen, klimatischen und demographischen Bedingungen stellen. Die Probleme, die Norwegen in der Gemeinschaft der nordischen Länder zu bewältigen hat, sind allgemein von derselben Natur wie jene, mit denen sich das Land in einem mehr weltweiten Zusammenhang konfrontiert sieht.

Dabei möchte ich gern erwähnen, daß Arrangements, die zu erhöhten Nahrungsmittelpreisen führen, nur als Teil einer Gesamtlösung akzeptiert werden können, die ähnliche Vorteile in anderen Bereichen mit sich bringt.

Übrigens hat, wie Sie sicher wissen, ein nordisches Komitee die Möglichkeiten für eine erweiterte nordische Wirtschaftskooperation untersucht und einen Bericht darüber angefertigt. Dieser Bericht zeigt deutlich, daß die Position Norwegens keineswegs ein spezielles Hindernis für den Fortschritt in der nordischen Zusammenarbeit darstellt.

Fischerei und Schifffahrt

WD: Da der Fischereisektor in der norwegischen Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt, ist es durchaus verständlich, daß Ihr Land Minimumpreise für Konsumfisch und ein garantiertes Preissystem für weiterverarbeiteten Fisch fordert. Darüber hinaus haben Sie die Schaffung eines Nordischen Fischereifonds verlangt. Werden Sie in dieser Angelegenheit zu einem Kompromiß kommen?

WILLOCH: Das Komitee, das den Nordischen Vertrag entworfen hat, hat im Prinzip Einigkeit über die Stabilisierung der Preise, die an die Fischerei zu zahlen sind, erzielt. Über gewisse Punkte herrscht jedoch nach wie

vor Uneinigkeit. Die Chancen, auf diesem Gebiet doch noch zu einer Einigung zu kommen, hängen natürlich von der umfassenden Frage ab, wie die nordische Zusammenarbeit auf allen Gebieten erweitert werden soll. Das Ziel ist, ein vernünftiges Verhältnis von Konzessionen, also Geben und Nehmen, eines jeden Landes zu erreichen. Zweifellos wird Norwegen stets der Frage besondere Aufmerksamkeit schenken, wie die Probleme im Fischereisektor gelöst werden können.

WD: Ein weiterer bedeutender Bereich für die Volkswirtschaft Ihres Landes ist die Schifffahrt. Hätte die Nordische Wirtschaftsunion für die norwegische Handelsflotte und die Schiffbauindustrie beträchtliche Vorteile?

WILLOCH: Die nordischen Länder, die eine weltweite liberale Schifffahrtspolitik nachhaltig unterstützen, glauben, daß sie ihre Bemühungen gegen die alarmierende Tendenz zur Diskriminierung und zum Bilateralismus in der internationalen Schifffahrt intensivieren sollten. Die Vorschläge des Komitees in seinem letzten Bericht spiegeln diese Absicht wider, beinhalten aber keine größeren Veränderungen in den Bedingungen für die Schifffahrt und die Schiffbauindustrie.

Überwindung industrieller Schwierigkeiten

WD: Im Industriesektor befürchtet Norwegen, daß die Schaffung einer gemeinsamen Zollunion eine stärkere Kontrolle der norwegischen Firmen durch fremdes Kapital – vor allem durch schwedisches – mit sich bringen könnte. Andererseits hat Ihre Regierung eine EWG-Mitgliedschaft immer befürwortet. Glauben Sie, daß Norwegen als EWG-Mitglied weniger Wettbewerbs- und Anpassungsprobleme im Industriesektor hätte?

WILLOCH: Die norwegischen Gesetze und Regelungen für Auslandsinvestitionen, fremden Besitz von Land usw. werden als eine Notwendigkeit zur Sicherung der norwegischen Interessen angesehen. Daraus entstehen für Norwegen ernste Probleme sowohl im nordischen Rahmen als auch im Hinblick auf eine Mitgliedschaft Norwegens in der EWG. Im erneuten Antrag auf eine EWG-Mitgliedschaft vom 21. Juli 1967 hat die norwegische Regierung denn auch die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es im Laufe von Verhandlungen möglich sei, für beide Seiten zu zufriedenstellenden Lösungen dieser besonderen Probleme zu kommen, mit denen Norwegen aufgrund seiner geographischen Lage und der wirtschaftlichen Struktur des Landes konfrontiert ist.

Mit einem Beitritt zur EWG würden sich die Bedingungen für die norwegischen Exporte in die EWG-Märkte ohne Frage verbessern, weil heute zwischen Norwegen und den EWG-Ländern Zoll-Barrieren bestehen. Wie ich schon sagte, gibt es zwischen den nordischen Ländern keine Zölle im Handel mit Industriegütern. So gibt es also einen grundsätzlichen Unterschied zwischen einer Mitgliedschaft in einer Nordischen Wirtschaftsunion und in der EWG, was wir bei unseren künftigen Überlegungen über europäische Integrationsprobleme in Betracht ziehen müssen.

WD: Die wirtschaftlichen Bindungen zwischen Großbritannien und Norwegen sind sehr eng. Werden sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erheblich verändern, falls die Nordische Wirtschaftsunion gegründet wird?

WILLOCH: Nein. Der Freihandel in der EFTA wird bestehen bleiben.

WD: Das europäische Bild hat sich ja in den letzten Monaten

etwas gewandelt. Erwartet Ihr Land jetzt, da M. Pompidou neuer französischer Präsident geworden ist, eine schnellere Bearbeitung seines Antrages auf Mitgliedschaft in der EWG?

WILLOCH: Es ist wohl richtig zu sagen, daß ein leichter Hauch von Optimismus angebracht ist. Neuere Äußerungen von europäischen Politikern scheinen anzudeuten, daß es ein wachsen-

des Verständnis für die Notwendigkeit gibt, die europäischen Integrationsprobleme zu lösen. Es ist allerdings schwer vorauszusagen, wie schnell diese Arbeit vorangehen wird. Aber ich bin überzeugt, daß es uns früher oder später gelingen wird, den Graben zwischen der EWG und der EFTA, den zwei westeuropäischen Wirtschaftsgruppen, zu überwinden. Der norwegische Antrag auf EWG-Mitgliedschaft

bleibt unverändert bestehen. In dem Mandat, das die nordischen Premierminister den Beamten für die Arbeit im Komitee gaben, wird klar gesagt, daß die Zusammenarbeit zwischen den nordischen Ländern so gestaltet werden sollte, daß sie die Teilnahme an einem erweiterten europäischen Markt erleichtern würde. Der Entwurf des Nordischen Vertrages trägt dem Mandat in diesem Punkte Rechnung.

Unsichere Vorteile bei sicheren Kosten

Interview mit Gunnar Lange, schwedischer Wirtschaftsminister, Stockholm

WD: Herr Minister Lange, im Juli dieses Jahres fand erneut ein Treffen der Länder statt, die zusammen eine Nordische Wirtschaftsunion bilden wollen. Auf diesem Treffen zeigte es sich — wie schon in der Vergangenheit —, daß Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland sehr unterschiedliche Standpunkte vertreten. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten, in der Frage der Nordischen Wirtschaftsunion doch noch einen gemeinsamen Nenner zu finden?

LANGE: Vorweg möchte ich betonen, daß die bisherige Arbeit des Expertenausschusses auf vielen Gebieten sehr erfolgreich war. Allerdings — das muß ich zugeben — steht die Behandlung von sehr wichtigen Punkten noch aus. Wenn aber wirklich der politische Wille, eine Wirtschaftsunion zu schaffen, vorhanden ist, dann können nach meiner Meinung auch alle Schwierigkeiten überwunden werden.

WD: Glauben Sie, daß dieser politische Wille wirklich in allen

Ländern, die an den Besprechungen beteiligt sind, zu finden ist?

Politischer Wille vorhanden

LANGE: Ja, das ist er. Aber das bedeutet natürlich nicht, daß auch die gesamte öffentliche Meinung in jedem Lande damit übereinstimmt. So gibt es in Schweden durchaus kritische Stellungnahmen zu dem Plan einer Nordischen Wirtschaftsunion. Und ich weiß, daß es auch in Dänemark und Norwegen bestimmte Kreise gibt, die mehr als Zurückhaltung gegenüber diesen Plänen zeigen. Andererseits muß aber auch betont werden, daß wir in unserer langjährigen Zusammenarbeit, sowohl vor Gründung der EFTA als auch im Rahmen der EFTA, niemals stärker in unseren Ansichten übereinstimmten als heute. Ich würde sagen, daß in jedem Lande eine Mehrheit für die Nordische Wirtschaftsunion vorhanden ist.

WD: Für Finnland wirft die Mitgliedschaft in einer Nordi-

schon Wirtschaftsunion aufgrund seiner engen Bindungen an die UdSSR zusätzliche Probleme auf, und Island müßten aufgrund seiner ökonomischen Verhältnisse besondere Konzessionen zugestanden werden. Glauben Sie, daß eine Nordische Wirtschaftsunion positive Effekte für beide Länder mit sich bringen würde?

LANGE: Finnland hat zugesagt, an den Verhandlungen über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der nordischen Staaten teilzunehmen. Ich glaube nicht, daß Finnland sich beteiligen würde, wenn seine Regierung nicht der Überzeugung wäre, daß eine solche Zusammenarbeit für das Land Möglichkeiten bietet, die ihm auf andere Weise nicht offen stehen.

Was Island betrifft, so müssen wir daran denken, daß es bisher nur die Bereitschaft gezeigt hat, der EFTA beizutreten, aber noch kein Interesse bekundet hat, sich innerhalb der EFTA einer Nordischen Wirtschaftsge-

meinschaft anzuschließen. Aber auch schon die EFTA würde für Island einige Vorteile bringen, wenn ihm bestimmte Vergünstigungen — besonders im Bereich des Fischereiwesens — zugestanden werden.

WD: Durch die Bildung der EFTA stieg der Handel zwischen den skandinavischen Ländern beträchtlich an. Würde eine Zollunion der nordischen Staaten diesen Handel erneut in großem Ausmaß ansteigen lassen?

Ausdehnung des Handels

LANGE: Nach meiner Ansicht ist es sehr schwierig, darüber irgend etwas Definitives zu sagen. Der steigende Trend im intra-nordischen Handel setzt sich zwar noch immer fort, aber er würde bestimmt steiler verlaufen, wenn eine Zollunion bestände.

WD: Ginge es nach Schweden, dann würde die Zollunion bis Ende 1972 verwirklicht werden. Dänemark wünscht dagegen eine weit längere Übergangszeit, während Norwegen einem Kompromiß zuneigt. Warum haben Sie als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Zollunion gerade 1972 vorgeschlagen?

LANGE: Nun, die Frage des Zeitpunkts hängt davon ab, wie schnell wir mit der Arbeit vorankommen. Vor 1972 wird die Zollunion nach meiner Ansicht kaum verwirklicht werden können. Nach 1972 wird aber für viele Bereiche nicht mehr die Notwendigkeit bestehen, zu einer Einigung zu gelangen. Zu diesem Zeitpunkt werden auch die Unterschiede in den Zolltarifen nicht mehr von so großer Bedeutung sein. Ich gebe aber zu, daß zu diesem Punkte unterschiedliche Auffassungen bestehen. Einige wünschen eine relativ kurze Übergangsperiode, andere bestehen auf einem längeren Zeitraum. Wogegen wir uns von der schwedischen Seite

wenden, ist das Hinausschieben des Zeitpunktes in eine unbestimmte Zukunft. Wir wünschen die Festlegung eines bestimmten Zeitraumes, in dem die Zollunion für alle industriellen Produkte verwirklicht wird.

Furcht vor Schweden unbegründet

WD: Wenn die Nordische Wirtschaftsunion in Kraft tritt, umfaßt sie einen Markt von rund 22 Mill. Verbrauchern. Besteht nicht für die übrigen Länder die Gefahr, daß sie mit schwedischen Industriegütern überschwemmt werden?

LANGE: Diese Furcht vor schwedischen Produkten bestand teilweise auch vor der Bildung der EFTA. Heute gibt jedoch jeder in Dänemark und Norwegen sowie in Finnland zu, daß davon keine Rede sein konnte. Im Gegenteil, diese Länder waren auf einigen Gebieten sehr wettbewerbsfähig. Die Furcht, die Stärke der schwedischen Industrie könnte die wirtschaftliche Entwicklung unserer Nachbarn hemmen, hat sich damit als völlig unbegründet erwiesen.

WD: Ein Argument, das für die Zollunion vorgebracht wird, lautet, daß eine Harmonisierung der Zölle auf EWG-Niveau die Position der nordischen Länder stärken würde, wenn die Frage eines EWG-Beitritts akut wird. Würde aber eine Zollunion nicht innerhalb Skandinaviens eine derartige Spezialisierung hervorrufen, die es den vier Ländern nur schwieriger machen würde, der EWG beizutreten?

LANGE: Das möchte ich verneinen. Es ist nach meiner Ansicht eine Tatsache, daß sowohl wir als auch die EWG Vorteile hätten, wenn unsere Bemühungen um eine Zollunion von Erfolg gekrönt würden. Es liegt im Interesse der EWG, starke Handelspartner zu haben, und

Skandinavier ist stärker, wenn es sich zusammenschließt. Außerdem beschränkt sich eine wirtschaftliche Kooperation nicht allein auf den Handel; sie umfaßt ebenso eine Zusammenarbeit im Produktionsbereich und auf vielen anderen Gebieten. Deshalb muß eine Zollunion in Skandinavien nicht nur für uns, sondern auch für die EWG attraktiv sein, wenn die EWG eine Ausdehnung der Zusammenarbeit — in welcher Form auch immer — auf andere Länder wirklich wünscht.

WD: Dänemark gab bekannt, daß es sofort der Zollunion zustimmen würde, wenn zugleich eine Lösung für den Agrarsektor gefunden würde. Schweden versucht dagegen, beide Bereiche getrennt zu behandeln. Warum wehrt sich Schweden gegen einen gemeinsamen Agrarmarkt?

Ausschluß des Agrarbereichs

LANGE: Es ist durchaus berechtigt, diese Bereiche getrennt zu behandeln. Die Dänen selbst sehen ein, daß die Lösung für ihre landwirtschaftlichen Probleme nicht innerhalb einer Nordischen Wirtschaftsunion gefunden werden kann. Sie haben durch die EWG Märkte verloren, und wir im Norden können dafür keinen Ersatz bieten. Das erkennen auch die Dänen an. Andererseits geben wir aber auch zu, daß eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in dem schon erwähnten Umfang den Agrarsektor nicht gänzlich ausschließen kann. Aus diesem Grunde finden auch Verhandlungen auf offizieller Ebene statt, um ein entsprechendes Konzept für den Agrarbereich zu finden.

WD: Schweden würde in einer zukünftigen Nordischen Gemeinschaft die Rolle des Hauptfinanziers zugewiesen werden. Haben Sie irgendwelche Bedenken gegen die vorgeschlagenen finanziellen Regelungen?

LANGE: Daß wir den größten Teil der finanziellen Lasten zu tragen haben werden, ist ganz natürlich. Da das schwedische Pro-Kopf-Einkommen höher ist als in den anderen Ländern, müssen wir selbstverständlich einen größeren finanziellen Beitrag liefern als irgendein anderes Land. Die Frage ist nur: wieviel? Denn der Preis könnte auch zu hoch sein. Es ist eben sehr schwierig, die Vorteile einer Nordischen Wirtschaftsunion abzuschätzen; sie sind kaum zu messen. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß eine Union die Zusammenarbeit, die schon in der EFTA sehr weit gediehen ist, noch mehr vertiefen wird. Eine exakte Messung der Vorteile, die sich daraus für uns ergeben, ist aber — wie gesagt — sehr schwierig. Die Kosten können dagegen sehr leicht festgestellt werden.

WD: Neben den bisher erwähnten Formen der Zusammenarbeit wird auch über Pläne diskutiert, die die Errichtung einer gemeinsamen Atombehörde sowie eine engere Zusammenarbeit bei Forschungsvorhaben vorsehen. Sind bereits konkrete Beschlüsse in dieser Hinsicht gefaßt worden?

Zusammenarbeit auf anderen Gebieten

LANGE: Diese Frage berührt ein Gebiet, das nicht direkt in meinen Verantwortungsbereich fällt. Alles, was ich dazu sagen kann, ist, daß wir noch an diesen Plänen arbeiten. In Schweden besteht bereits eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen der Industrie und dem Staat hinsichtlich der nuklearen Forschung. Wir weisen auf diesem Gebiet wahrscheinlich einen Vorsprung gegenüber den an-

deren Ländern auf. Nichtsdestoweniger glauben wir, daß unsere Basis sowohl in der industriellen als auch in der Grundlagenforschung zu schmal ist. Deshalb würden auch wir gewinnen, wenn die skandinavischen Länder ihre Ressourcen zusammenlegen würden.

WD: Ein sehr interessanter Aspekt der Nordischen Union ist die geplante Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe. Ein gemeinsamer Ausschuß soll das jährliche Budget festlegen und verschiedene Projekte vorbereiten. Werden diese Maßnahmen zu einer wirksameren Hilfe für die Entwicklungsländer führen?

LANGE: Wenn es nicht so wäre, würden wir es lassen. Wir können schon jetzt einige konkrete Beispiele für die gemeinsame Durchführung von Projekten vorweisen, z. B. in Tansania

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

HANDBUCH DER EUROPÄISCHEN SEEHÄFEN

Herausgegeben von Horst Sanmann

NEUERSCHEINUNG

Bd. VII

DIE SEEHÄFEN IN FRANKREICH

von Heinzrichard Watermann

Ausgehend von der Situation des Außenhandels werden die Grundlagen und Wandlungen der französischen Seehafenwirtschaft analysiert. Besondere Beachtung finden in der speziellen Analyse die sogenannten „grands ports“. Dabei vermittelt die vergleichende Auswertung von Hafenstatistiken und bisher unveröffentlichten Hafenberichten einen detaillierten Einblick in die technischen Hafenzustände und die Entwicklung des Schiffs- und Güterverkehrs. Ergänzt wird die Kennzeichnung der gegenwärtigen Lage der französischen Seehäfen durch einen Ausblick in ihre zukünftige Entwicklung im Rahmen eines wachsenden Wettbewerbs der Seehäfen des EWG-Raums.

144 Seiten, 1969, Glb. DM 68,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

und Kenia. In diesen Fällen tragen alle skandinavischen Länder gemeinsam zu den Projekten bei und führen gemeinsam Regie. Deshalb planen wir auch nicht, neue Wege zu beschreiten, sondern die bisherigen Ansätze weiter auszubauen.

Schwedens Stellung zur EWG

WD: Wie sieht die schwedische Haltung hinsichtlich eines Beitritts zur EWG aus?

LANGE: Wir haben schon immer gesagt, daß wir glauben, ökonomisch reif dafür zu sein, an den Bemühungen um eine weitergehende Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet — wie sie die EWG bietet — teilzunehmen. Die einzige Bedingung, die wir erfüllt sehen müssen, ist, daß keine Abstriche an unserer Neutralitätspolitik, so wie sie heute besteht, vorgenommen werden. Wenn die Erfüllung dieser Forderung möglich ist, wird die Frage nach der Form der Zusammenarbeit zweitrangig. Das ist nicht nur der Standpunkt der gegenwärtigen Regierung, sondern auch derjenige aller im Parlament vertretenen Parteien — abgesehen vielleicht von der KP.

WD: Bei den landwirtschaftlichen Produkten will sich Schweden zu 80 % selbst versorgen. Bedeutet das nicht, daß es sehr schwierig würde, zu einem Übereinkommen mit der EWG zu gelangen?

LANGE: Ich glaube nicht, daß das Ziel eines 80%igen Selbstversorgungsgrades ein großes Problem darstellt. Zur Zeit beträgt der Grad unserer Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten zwischen 90 und 100 %. Konsequenterweise bedeutet also eine Reduzierung auf 80 %, daß größere Möglichkeiten für Exporte von landwirtschaftlichen Produkten nach Schweden eröffnet werden — sowohl für Dänemark als auch

für die EWG. Trotzdem wird Schweden als Markt für Agrarexporte nicht so interessant sein wie Großbritannien, das sich nicht selbst versorgen kann. Ich sollte aber erwähnen, daß die Landwirte und ihre Verbände sogar einen Anschluß an die EWG begrüßen würden. Auf keinen Fall fürchten sie eine solche Verbindung.

Nordische Gemeinschaft und EWG

WD: Wenn Norwegen, Dänemark und vielleicht auch Schweden in naher Zukunft der EWG beitreten sollten, würde dann die Nordische Wirtschaftsgemeinschaft aufgelöst werden, oder könnte sie innerhalb der EWG — wie z. B. die Benelux-Staaten — weiter existieren?

LANGE: Nach meiner Meinung wird sie weiter existieren. Und wenn dies nicht die allgemeine Überzeugung wäre, würde gegenwärtig bestimmt nicht dieser starke Wunsch bestehen, eine besondere Gemeinschaft im Norden zu bilden.

WD: Da sich Finnland aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht der EWG anschließen wird, besteht doch dann ein Unterschied zu der Stellung der Benelux-Staaten.

LANGE: Alle drei Benelux-Staaten sind jedoch selbständige Mitglieder der EWG. Wenn die Nordische Zollunion denselben Zolltarif aufweist wie eine erweiterte EWG, dann dürfte dieses Problem nicht so schwerwiegend sein, daß keine Lösung gefunden werden könnte.

Chancen für die Gemeinschaft

WD: Welche Konsequenzen würde ein Scheitern der Bemühungen um die Nordische Wirtschaftsunion nach sich ziehen?

LANGE: Wenn wir jetzt keine Zollunion zustande bringen, ist es nicht sicher, daß wir das überhaupt jemals schaffen. Wenn

man auch die Entwicklung nicht ganz genau voraussagen kann, so kann immer gesagt werden, daß die Chancen für die Bildung einer Zollunion fünfzig zu fünfzig sind. Meiner Meinung nach sind sie aber besser. Bisher konnten in den Diskussionen und Verhandlungen auf offizieller Ebene schon so viele Probleme gelöst werden, daß nicht mehr viele übrig geblieben sind. Allerdings muß ich zugeben, daß unter den ausstehenden Punkten manche zu finden sind, über die schwerwiegende Differenzen bestehen. Aber auch diese Probleme sind nicht unlösbar.

Ich persönlich bin der Meinung, daß wir uns diese Chance zur Zusammenarbeit nicht entgehen lassen dürfen. Allerdings wäre es auch keine Katastrophe, wenn eine Nordische Wirtschaftsunion nicht zustande käme. Die skandinavische Zusammenarbeit wird auf alle Fälle weitergehen und sich vertiefen. Da ich aber der Überzeugung bin, daß leider noch geraume Zeit verstreichen wird, bis die EWG in der Lage sein wird, neue Mitglieder aufzunehmen, wird die Zusammenarbeit im Norden langsamer voranschreiten, wenn die Nordische Union nicht zustande kommt. Aus diesem Grunde würde ich es bedauern, wenn wir keinen Erfolg hätten.

WD: Wann, glauben Sie, wird eine endgültige Entscheidung für oder gegen eine Nordische Wirtschaftsgemeinschaft getroffen werden?

LANGE: Nach meiner Meinung wird die grundsätzliche Entscheidung innerhalb eines Jahres fallen. Das bedeutet natürlich nicht, daß das gesamte Projekt auch kurz darauf verwirklicht wird. In manchen Bereichen benötigen wir — wie ich schon erwähnte — Übergangszeiten. Skandinavien wird sich aber — positiv oder negativ — im Laufe des nächsten Jahres entscheiden.